

Zusammenfassend erachtet das Verwaltungsgericht die dargestellten Mängel insgesamt für derart gewichtig, dass die Veranlagungsverfügung auf Grundlage der bisherigen Rechtsprechung als nichtig zu bezeichnen ist.

**43 Kostenauflage.**

- **Kostenauflage an den obsiegenden Beschwerdeführer wegen verspäteten Vorbringens von Sachverhaltselementen, aber in der Regel nicht wegen verspäteten Vorbringens rechtlicher Argumente (Erw. II).**

Vgl. AGVE 2000, S. 352, Nr. 85

**44 Rechtsmittel, Formerfordernis der Schriftlichkeit.**

- **Ein mittels Fax eingereichtes Rechtsmittel ist ungültig, da die Originalunterschrift fehlt. Eine Nachfrist zur Verbesserung ist nicht anzusetzen (Bestätigung der Rechtsprechung) (Erw. 1-3).**
- **Dies gilt auch für die Einsprache gegen die Steuerveranlagung (Erw. 3/c).**

Vgl. AGVE 2000, S. 347, Nr. 79

**45 Reformatio in peius.**

- **Bei Einverständnis des Steuerpflichtigen ist es trotz des Verbots der reformatio in peius im verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren zulässig, die Veranlagung wegen neuer Tatsachen zu Ungunsten des Steuerpflichtigen abzuändern, um so ein Nachsteuerverfahren zu verhindern.**

Vgl. AGVE 2000, S. 347, Nr. 80